

II-12134 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

**BUNDESMINISTERIUM FÜR
WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

GZ 10.001/65-Par1/90

Wien, 31. Juli 1990

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Rudolf PÖDER

5605 IAB

1990 -08- 02

Parlament
1017 Wien

zu 57351J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 5735/J-NR/90, betreffend Zuteilung von Dienstposten an die Universitätsklinik für Psychiatrie Innsbruck, die die Abgeordneten Mag. GUGGENBERGER und Genossen am 19. Juni 1990 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1)

Die Psychiatrische Universitätsklinik in Wien hatte bisher 27 reguläre Ärzteplanstellen (inklusive eines Ordentlichen und eines Außerordentlichen Professors), die Innsbrucker Klinik hat derzeit 15 Akademikerstellen des Bundes (inklusive des Ordinariates von Prof. Hinterhuber), dazu kommen 7 Ärzteplanstellen des Landes Tirol als Spitalsträger. Die Relation zwischen Wien und Innsbruck ist daher nicht 37,75 : 21,5 sondern 27 : 22. Die Anfrage bezieht offensichtlich auch die aus Drittmitteln finanzierten Planstellen in Wien ein.

Es ist aber generell zuzugeben, daß die Wiener Kliniken eine bessere personelle Ausstattung aufweisen als die Kliniken in Graz und Innsbruck. Gerade die Ausstattung der Innsbrucker Psychiatrischen Klinik mit 14 Assistentenstellen des Bundes und nur 7 Ärztstellen des Landes Tirol zeigt, daß wohl eher das Land als Spitalsträger und damit als die für die Krankenversorgung zuständige Gebietskörperschaft mit seiner Ausstattungsverpflichtung im Rückstand ist.

- 2 -

Den Versorgungsauftrag im Rahmen der Krankenversorgung haben die Innsbrucker Kliniken in ihrer Funktion als Teile des Landeskrankenhauses Innsbruck. Der Versorgungsauftrag trifft nach der Bundesverfassung das Land Tirol und nicht den Bund.

ad 2) und 3)

Die Universitätsklinik für Psychiatrie Innsbruck wird vom Bund noch im Sommer 1990 als Vorgriff auf eine genaue Personalbedarfsermittlung im Landeskrankenhaus Innsbruck zusätzliche Planstellen des Bundes erhalten, wobei das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung davon ausgeht, daß auch das Land Tirol für die Universitätskliniken zusätzliche Planstellen bewilligt.

Der Bundesminister:

